



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preitzelle 20 Pfennig. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanfragen nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Der Deutsche Buchdrucker-Berein. (Schluß.) — Entwicklungstendenzen im Verbandsleben der Unternehmer. — Aus Hamburg. — Rundschau. — Eingegangene Druckschriften. — Adressenveränderungen. — Abrechnungen. — Anzeige.

Beilage: Mehr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen! — Beachtenswertes aus der Unfallversicherungsgesetzgebung. — Rundschau.

Für die Woche vom 21. bis 27. Juli 1912 ist die Beitragsmarke in das mit 30 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Der Deutsche Buchdruckerverein. (Schluß.)

Die „besonderen Zwecke“, denen der in Breslau beschlossene Fonds dienen soll, sind in der vom Hauptvorstande des Deutschen Buchdrucker-Vereins erlassenen Bekanntmachung nicht in allen Teilen spezialisiert. Auch hier zeigt sich wieder die vorsichtige Zurückhaltung der Vereinsleitung, die nicht ohne Not dem wirtschaftlichen Gegner ihre Karten aufdeckt. In einem Punkte allerdings, und das ist der „Wohlfahrtszweck“, wird ohne weiteres bekanntgegeben, welche Unterstützungen im Falle des Ablebens eines Mitgliedes an die Hinterbliebenen aus diesem Fonds begehrt werden. Nun wissen wir ja, und das scheinen die Unternehmer, wie vieles andere auch, von den Arbeiterorganisationen gelernt zu haben, daß solche Unterstützungen nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke sind. Denn genau so, wie es unter der Arbeiterschaft noch viele gibt, die in erster Linie fragen: „Was kriegt ich für meine geleisteten Beiträge?“, ebenso gibt es deren unter den Besitzern kleiner Betriebe eine Unmenge. Mit der Einführung dieser Sterbeunterstützung hat also der Deutsche Buchdrucker-Verein ein wirksames materielles Bindemittel für seine wirtschaftlich schwächer gestellten Mitglieder und gleichzeitig ein gutes Agitationsmittel unter diesen sich geschaffen. Daß es sich hierbei nur um die Besitzer kleiner Druckereien handelt, geht aus dem Satze aus der Bekanntmachung hervor, der besagt, daß von den Besitzern größerer Betriebe erwartet wird, daß sie ungeachtet der für sie weniger wichtigen persönlichen Unterstützungen an der Beschaffung der Mittel teilnehmen.

Der Hauptzweck des Fonds ist, „die wirtschaftlichen Interessen der Buchdrucker- und Steindruckerei-Besitzer bei allen sich bietenden Gelegenheiten mit Nachdruck wahrzunehmen, und für die Organisation der Prinzipale eine Deckung und ein Bindemittel zu gegenseitiger Hilfe“ zu schaffen. Nun müßte man ja annehmen, daß der Deutsche Buchdruckerverein auch vor der Schaffung dieses Fonds dieselben Zwecke verfolgte, und nach gewissen Richtungen hin ist das ja auch der Fall gewesen. Der Verein hat mit Nachdruck die buchgewerblichen

Interessen nach allen Seiten vertreten; er ist mit Erfolg gegen Schmuckfonturrenz und gewerbliche Schleuderei vorgegangen, wofür der Druckpreisetarif das beste Zeugnis ablegt. Er hat auch für die Ein- und Durchführung des Deutschen Buchdruckeretaris das möglichste getan und man könnte sagen, daß dadurch die wirtschaftlichen Interessen der Buchdruckerbesitzer ganz gut gewahrt wurden und das mit den bisher vorhandenen Mitteln. Warum nun auf einmal besonderer Schutz mit besonderen Mitteln? Und gegen wen? — Die Antwort hierauf ist nicht schwer zu finden. Die ganze Maßnahme richtet sich einzig und allein gegen die Arbeiterschaft. Es ist nicht unbekannt, daß schon seit längerer Zeit die scharfmacherischen Elemente im Prinzipalslager immer mehr an Boden gewinnen. Zum Teil wirkt hierbei das Treiben großindustrieller Gruppen aus anderen Gewerben mit, die in den bestehenden friedlichen Verhältnissen im Buchdruckgewerbe eine Gefahr für das Unternehmertum überhaupt erblicken, zum Teil aber gab auch das Verhalten einiger unzufriedener Kreise unter der Arbeiterschaft Anlaß zu gewissen Befürchtungen bei den Unternehmern. Der vorjährige Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe ist eines jener Momente, die den Breslauer Beschluß, wenn nicht direkt ausgelöst, so doch gewaltig beeinflusst haben. Und auch die Haltung der Gehilfenschaft nach dem letzten Tarifabschluß und die der Berliner Hilfsarbeiter dürfte nicht zum wenigsten dazu beigetragen haben, daß sich die Prinzipalität mit namhaften Selbstmitteln rüstet, um gegebenenfalls mit aller Schärfe gegen die Arbeiterschaft vorgehen zu können. Hier zeigt sich wieder das Bild von dem treibenden Keil, der immer wieder zu neuen Beunruhigungen, zu neuen Rüstungen führt. Auf beiden Seiten Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen; auf Seiten der Arbeiter das ganz natürliche Bestreben nach Verbesserung ihrer Lage, auf Seiten der Prinzipalität das Bemühen, das bisherige Tempo der Lohnsteigerungen und der Arbeitszeitverlängerung zu hemmen. Und mit den gleichen Mitteln suchen beide Parteien ihre Ziele zu erreichen. Die Festigung und Ausbreitung der Organisation und die Ansammlung genügender Kampfmittel ist ihr Bestreben.

Wenn wir uns nun die Wirkung des Breslauer Beschlusses genauer betrachten, dann müssen wir ohne weiteres erkennen, daß wir es hier mit einer sehr ernsten Maßnahme zu tun haben. In dem ersten Teil unseres Artikels haben wir die Zahl der dem Deutschen Buchdruckerverein angehörenden Firmen und der von diesen beschäftigten Gehilfen angegeben. Es sind dies rund 60 000 Gehilfen, zu denen wir zirka 40 000 Hilfsarbeiter, Arbeiterinnen und Lehrlinge zählen dürfen, für die der wöchentliche Beitrag von 10 Pf. pro Kopf zu leisten ist. Das ergibt pro Woche 10 000 M., pro Jahr 520 000 M. Also eine halbe Million jährlich wird die Prinzipalsorganisation für den Kampffonds aufbringen, und davon dürften für den Wohlfahrtszweck nach Lage der Dinge keine nennenswerten Beträge in

Abzug zu bringen sein. Man sieht hier, was der so gering erscheinende Beitrag von 10 Pf. pro Woche und Kopf der Beschäftigten für Summen anhäufen kann.

Es wäre nun für den Augenblick ein müßiges Beginnen, die Kampfmittel der Unternehmer und der in Frage kommenden Arbeiterorganisationen gegenüberzustellen und daraus die Chancen für einen eventuell zum Ausbruch kommenden Kampf abzuschätzen. Immerhin aber dürfen wir eine solche Erscheinung nicht unterschätzen und müssen rechtzeitig für geeignete Gegenmaßnahmen Sorge tragen. Und hier muß es heißen: Was die Unternehmer können, müssen wir auch imstande sein zu leisten. Ist es deren Bestreben, ihre Organisation auszubauen und zu festigen, dann dürfen auch wir keine Minute erlahmen in der Agitation, in der Vorbereit für unsere Organisation. Noch stehen hunderte und aberhunderte Kollegen und Kolleginnen abseits und finden den Weg nicht zur Allgemeinheit, die sich zusammengeschlossen hat zur wirksamen Wahrung ihrer Interessen. Zeigen wir ihnen den Weg zum Verbandsleben, der allein sie davor schützen kann, daß nicht jeder Grobchen, den nunmehr die Unternehmer ihrer Kriegskasse zuführen, nicht um's vielfache noch von dem ohnehin schon großen Lohn gekürzt wird. Darum tue jetzt erst recht jedes Mitglied seine Pflicht — denn Gefahr ist im Verzuge!

Entwicklungstendenzen im Verbandsleben der Unternehmer.

Mit dem Fortschreiten der industriellen Entwicklung nehmen die Wirtschaftskämpfe zwischen Kapital und Arbeit zu an Bedeutung und Umfang. Aus den Einzelkriegen entstehen Wirtschaftskämpfe auf der ganzen Linie und deshalb ist es für die heutige Gewerkschaftspraxis notwendig, sich über die wirtschaftliche Machtposition des Unternehmers im Gewerkschaftskampf klar zu werden.

Der große Lektitarbeiterausstand in Grimmschau gab den Unternehmern das erste große Beispiel von der organisierten Gegenmacht der Arbeiter in den modernen Gewerkschaften. Der Gedanke, sich zur Gegenwehr in Arbeitgeberorganisationen zu rüsten, fand nun immer mehr eine günstige Aufnahme.

Von Jahr zu Jahr umschließt die Unternehmerorganisation immer feinerbestellter das gesamte Wirtschaftsleben im Unternehmertum; je nach der wirtschaftlichen Struktur bilden sich besondere Berufsvereine, Branchenverbände, die gewissermaßen die totalen Berufsinteressen bestimmter Unternehmergruppen zu wahren haben. Die Industriegruppen schließen sich wieder zu Reichsverbänden zusammen, an deren Spitze der Bund der Industriellen marschiert. Der Zentralisationsgedanke ist also auch hier zur Verwirklichung gelangt mit einem Generalfstab von journalistischen und juristischen Intelligenzen, die für die Sache der Unternehmer die Fanfare zu

blafen haben: „Nieder mit den Gewerkschaften! Entziehung der gesetzlichen Rechte der Arbeiter!“

Als vornehmstes Mittel, die Arbeiterorganisationen niederzuschlagen, betrachten die Verbände der Industriellen die Aussperrungen. Dieses Mittel findet aber zum großen Teil seine Beschränkung in der finanziellen Schwäche der Unternehmerklassen, dem festen Zusammenhalt der Arbeiter, sowie in der öffentlichen Meinung, die fast ständig auf Seiten der Arbeitnehmer ist, und diesen moralische wie finanzielle Hilfe im großen Maße zuteil werden läßt.

Aber trotz des großen Umfanges, den die Bewegung in Unternehmertreien genommen hat (von den beiden Hauptzentralen umfassen der Verein der Arbeitgeberverbände 1910 6 Reichs-, 110 Bezirks- und 910 Ortsverbände mit insgesamt 5000 Mitgliedsfirmen und 1 600 000 Arbeiter, die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände 1 Reichsverband, 62 Bezirks- und 101 Ortsverbände und Fachgruppen mit 6665 Betrieben und 1 051 000 Arbeitern), herrscht dennoch keine volle Einigkeit. Sie trennen sich hierbei in zwei Gruppen, in die Gruppe der eigentlichen Scharfmacher, die unter allen Umständen die Arbeiterorganisationen zertrümmern möchten, und in die Gruppe der Gemäßigten, die mit Kühlen, nüchternen Geschäftsgeist befezt, die Organisation als ein notwendiges Uebel zur Abschließung von Tarifverträgen betrachten. Wohl wissend, daß mit einer in ihrer Gesamtheit gut disziplinierten Masse bei einigem Entgegenkommen in Ruhe verhandelt werden kann und Einigungen eher möglich sind, stehen sie dem Prinzip des konsequenten Herrenstandpunktes doch etwas unsympathisch gegenüber. In ihren Ansichten stehen sie jedoch noch vereinzelt da. Erst durch Erfahrungen mußte die Mehrzahl der in jugendlichem Ungeßüm handelnden Unternehmerorganisationen eines besseren belehrt werden. Das reizende Anwachsen derselben hat den Uebermut gefördert und kluges bedächtiges Handeln zur Ausschaltung gebracht. Der gefährlichere Pfeil ist jedoch trotzdem der in anscheinend humaner Weise handelnde. Während die Scharfmacherpartei durch ihr ungestümes Draufgängertum schon im voraus ihre Karten verraten, trägt die Tätigkeit jener mehr den Charakter der Verschleierung, der Verdunkelung ihrer Handlungsweise. Die Tagespresse weiß nichts zu berichten, die Öffentlichkeit wird nicht davon berührt. Eine die Taktik einschränkende vorherige Bekräftigung der Handlungsweise ist ausgeschlossen und somit die Garantie eines Erfolges bedeutend erhöht. Beide Richtungen jedoch haben das Gute, daß die Solidarität der Arbeiter wie ihre Organisationen immer stärker, somit der Macht des Kapitals eine in ihrer Geschlossenheit überlegene Macht der Arbeiter gegenübergestellt worden ist.

Die Vertreter des konsequenten Herrenstandpunktes bilden, wie wir sehen, den weitaus größten Teil der Industriebünde. Die kleine Zahl der Tarifreudlichen konnte nicht verhindern, daß sich die Aussperrungen von Jahr zu Jahr häuften und endlich 1910 die bedeutliche Höhe von 1115 in 10 834 Betrieben mit 214 129 Arbeitern erreichte. Damit hat sich die Zahl der Aussperrungen seit Gründung der Unternehmerverbände verdreifacht. Mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeiter und ihre eigenen Kampfgenossen benutzen sie selbst die beste Konjunktur, um ihren Machtgelüsten Nachdruck zu verleihen. Wohl haben sie durch Einführungen von Streikentschädigungen einen geringen Ersatz für Verluste finanzieller Art, aber der Materialschaden überwiegt diesen Ersatz oft bei weitem. Wohl sind die Industriellen untereinander durch Einführung der Streik Klausel bei Lieferungsverträgen gesichert, aber die Verluste auf dem Weltmarkt im Verkehr mit dem Auslande sind unbeschreiblich.

Aber was tut's? Wenn nur den Arbeiterorganisationen die Macht des Kapitals fühlbar gemacht wird, selbst bei dauernder Schädigung der gesamten Industrie. Die Kampfeslust würde noch größer sein, wenn ihre Klassen besser gefüllt wären und wenn sie sich totsicher auf ihre Mitglieder verlassen könnten. Die Solidarität der Industriellen reicht oft nur bis zum eigenen Betrieb, um da dem traffesten Egoismus Platz zu

machen. In Erkenntnis dieser Sachlage müssen sich die Arbeitgeberverbände gar oft die größte Reserve auferlegen, bis die Sanierung der Klassen eine vollständige geworden ist und bis sie der Gewalt und ihrer Mitglieder sicher sind. So mußten beispielsweise in einigen Verbänden die Mitglieder Wechsel in bedeutender Höhe unterschreiben, die bei Verletzung der gefaßten Beschlüsse dem Zeichner präferiert und damit zum Ruin seiner Existenz führten. Die ungesetzlichen Mittel sind gerade gut genug, um die Disziplin aufrecht zu erhalten.

Um die verhaßten Gewerkschaften niederzuschlagen, sind jetzt besonders zwei Kampfmethoden aktuell geworden: die Einrichtung der Unternehmerarbeitsnachweise und die Gründung gelber Gewerkschaften.

Die Schädlichkeit der Unternehmernachweise hat sich der organisierten Arbeiterchaft schon genügend gezeigt. Die Einseitigkeit dieser Institutionen zugunsten der Unternehmer gab der Arbeiterpresse oft Veranlassung, die wirtschaftlichen Nachteile den Arbeitern zu zeigen und der Deffentlichkeit zu unterbreiten, damit die Gemeingefährlichkeit dieser Treibereien recht bekannt wurde. Die Arbeiterpresse ist es gewesen, die für den paritätischen Nachweis eintrat in Fällen, wo der gewerkschaftliche Nachweis nicht anerkannt wurde. Die Fähigkeit, mit der die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren, beweist am klarsten die Rechtlosigkeit dieser Institute. Nun stehen diese Arbeitsnachweise in enger Fühlung. Ein Austausch von Personalakten der Arbeitssuchenden kann ohne weiteres konstatiert werden. Der Unternehmer hat sich verpflichtet, den Bedarf an Arbeitskräften nur durch den Unternehmernachweis zu decken. Das früher übliche System der schwarzen Listen, wo bei einem ausgebrochenen Streik die Namen der Streikenden dem einzelnen Fabrikanten bekannt gemacht wurden, ist vereinfacht. Die Nachweise sind davon verständigt, der Deffentlichkeit aber die Beweise vom Vorhandensein dieser Listen entzogen. Mißliebige Personen, sowie organisierte Arbeiter der freien Gewerkschaften können dadurch von den Betrieben fern gehalten werden, die Sperre ohne Aufsehen über auswärtige Ausgesperrte und Streikende verhängt, dadurch aber die Angehörigen der gelben Organisation oder die nicht organisierten bevorzugt werden. Die Maßregelung freier Gewerkschaftler ist der Grundfaß, das Fundament, auf dem sich diese Nachweise aufbauen.

In engem Zusammenhang stehen damit die gelben Organisationen. Meist aus systematischen Streikbrechern und beitragsunfähigen ehemaligen Mitgliedern der Zentralverbände oder unerfahrenen Arbeitern bestehend, bieten sie willfährige Objekte des Unternehmertums. Unter der Flagge der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit segnend, ist es ihnen möglich geworden, einen immerhin größeren Zuwachs zu erhalten durch Beitritt national gesinnter Arbeiter. Eine ihnen ausgenützte nationale und patriotische Leidenz zwingt sie, die Geschäfte des Unternehmertums im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu besorgen. Abhängig vom Kapital durch Befreiung von Beiträgen sind sie zu jeder Tat fähig, die den freien Arbeiter schädigen kann. Wie kommt aber das Unternehmertum dazu, die freien Gewerkschaften einerseits zu bekämpfen, andererseits gelbe Organisationen zu befürworten resp. zu gründen? Könnten die gelben Gewerkschaften sich nicht auch einmal auf die Massenangehörigkeit der anderen Arbeiter besinnen?

Wie der heutige Staat seine Macht durch den Militarismus erhält und stützt, die Soldaten aus den Kreisen des arbeitenden Volkes nimmt und durch strenge Disziplin zusammenfaßt, so benötigt der Unternehmer einer Garde, die durch Versprechungen aller Art gewillt ist, ihn vor allen Eventualitäten zu schützen und seinen Betrieb aufrecht zu erhalten. Zum Lohne dafür zahlt der Unternehmer die Beiträge der Unterstützungseinrichtungen an die Organisationen. Eine Auflehnung gegen die Arbeitgeber ist aber gleichbedeutend mit einer Verletzung der Vereinsstatuten und hätte selbstverständlich die Verweigerung von Unterstützung zur Folge. Der Arbeiter ist also, will er nicht dem Hungertuche preis-

gegeben werden, dem Unternehmertum mit Leib und Seele ausgeliefert. Die Zahl seiner Getreuen zu erhöhen, liegt im Interesse des Unternehmertums. Das Klassenkampfsprinzip erfordert die Stärkung der Hilfsmittel zur Vernichtung der Gewerkschaftler. Neue Bezugsquellen müssen gefunden werden, um die Positionen des Gegners zu schwächen. Diese findet das Unternehmertum in der nichtorganisierten Arbeiterchaft. Da aber die einzelnen immerhin unsichere Kantonten sind, die jederzeit dem Kapitalismus die Freundschaft kündigen und sich auf die Seite der Gegner schlagen könnten, so ist es von höchster Bedeutung, Nichtverbändler zu organisieren. Und das Bestreben des modernen Kapitalismus ist darauf gerichtet, auch diese den gelben Verbänden durch Aufnahme in ihre Betriebe zuzuführen. Die Beweggründe, so verdundelt sie auch erscheinen mögen, offenbaren sich im grellsten Lichte bei Streitfällen der Unternehmer mit den freien Gewerkschaften. Der enge Zusammenschluß aller Gewerkschaften, die Zentralisierung zu Arbeiterindustrieverbänden ist zur Notwendigkeit geworden, der Klassenkampfscharakter des Unternehmertums zwingt auch uns, dahingehende Schritte zu unternehmen.

Aus Hamburg.

Am 6. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in der Kollege Lohse über: „Agitation, Organisation und Tarifverhältnisse in den Hamburger Druckereien“ sprach. Wohl gäbe es viele Organisationen, was wir aber als Arbeiterchaft allgemein unter Organisation verstehen, sind die Sozialdemokratische Partei, die Gewerkschaften und die Genossenschaften; diesen drei Organisationen müsse ein Arbeiter, der nur etwas auf sich halte, angehören, denn nur hier werden seine Interessen wirklich vertreten. Wenn man nun aber diesen Organisationen angehöre, habe man sich auch den Bestimmungen unterworfen und die volle Pflicht, sich im Rahmen dieser Bestimmungen zu betätigen, wenn nicht das Gefüge der Organisation zerrissen werden soll. Leider müsse nun aber auch einmal bei uns ausgesprochen werden, daß die Mitglieder sich nicht immer im Rahmen unserer Bestimmungen halten. Wenn man gegen die Leitung, gegen den Vorstand oder gegen einzelne Personen etwas habe, so möge es auch an der richtigen Stelle gesagt werden. In den Vorstandssitzungen, Vertrauenspersonenitzungen, Mitglieder- und Druckerversammlungen ist der Ort, wo der Wille, die Meinungen und die Klagen angebracht und ausgesprochen werden können. Im Stillen gegen einzelne Personen oder eine Sache zu arbeiten, ist verwerflich, und man macht sich dabei schuldig, gegen die eigenen und die Interessen der Allgemeinheit zu arbeiten. Denkt man z. B. für den Verband zu arbeiten, wenn man sich weigert, die vom Verbande wegen Streit, Aussperrung ausgeschriebenen Extrabeiträge zu zahlen, oder wenn man ein böses Wort mit der Vertrauensperson im Geschäft gehabt hat und nun keine Beiträge an diese zahlen will? Das aber nicht allein, sondern auch noch andere Kolleginnen und Kollegen aufseht, ebenfalls nicht an die Vertrauensperson zu zahlen? Es ist dies verschiedentlich vorgekommen. Wie der Leitung der Organisation die Arbeit dadurch erschwert wird, ob Mitglieder verloren gehen, fragt man nicht. Heißt das nicht, in der schädlichsten Weise gegen die Interessen des Verbandes zu arbeiten und schädigt sich nicht jeder selber damit? Es gibt nichts Höflicheres, durch die kleinlichen persönlichen Sachen das große Allgemeine Leiden zu lassen. Jede unserer Gewerkschaften pflegt die Interessen ihrer Mitglieder, und alle ohne Ausnahme haben Errungenschaften auf dem Lohn- und Arbeitsgebiete zu verzeichnen. Wir hätten heute die Löhne und die Arbeitsverhältnisse nicht, würden die Organisationen nicht in schweren Kämpfen und mühevoller Arbeit das Erreichte erfochten haben. Also helfe jeder im guten Sinne für die Organisation zu arbeiten, unterstützt die Vertrauenspersonen. Bei Firmen wie Seitz u. Co., „Fremdenblatt“, Philippsen, Langebartels u. Jürgens ist für die Vertrauensleute schwer zu arbeiten; helft hier also besonders, kärt euch auf,

befucht die Versammlungen und glaubt nicht, wenn ihr gute Arbeitsstellen gefunden habt, es nicht mehr nötig zu haben. Die Kollegen einzelner Arbeitsbetriebe, wie bei Kaufmann u. Co., Holze, ja, einen Teil der Kollegenschaft von Auer u. Co. bekommt man überhaupt nicht mehr in unseren Versammlungen zu sehen, nachher schimpfen aber die am meisten mit über die gefassten Beschlüsse. Will man Rechte vom Verband, dann hat man auch Pflichten dem Verband gegenüber zu erfüllen. Redner bringt dann eine Gegenüberstellung der Beiträge und Unterstützungen einer Reihe anderer Gewerkschaften zu unseren Beiträgen und Unterstützungen und zum Schluß die Tarifverhältnisse in den Druckereien. Vom 1. Januar seien die neuen Sätze unseres neu abgeschlossenen Tarifes zahlbar gewesen. Die allgemeinen Bestimmungen seien ja ziemlich dieselben geblieben, danach konnte man hoffen, daß die Einführung glatt von statten gehe; das sei auch geschehen. Unsere Prinzipale, das könne man ihnen zur Ehre nachsagen, halten sich an die tariflichen Bestimmungen, nur wenige Ausnahmen sind es, die aus den Bestimmungen manchmal etwas anderes herauslesen wollen oder auf Umwegen dieselben beiseite schaffen möchten. So umgehen fortgesetzt einzelne Firmen die Nachweise. Die Firma Seitz in Wandersbøl steht auch hier wieder an erster Stelle. Da hängt an der Tür oder im Fenster ein Plakat: „Hier werden Arbeiterinnen gesucht!“ Steht dann dort ein Mädchen oder eine Frau, die das liest, so kommt häufig schnell jemand aus dem Geschäft und fragt sie nach ihren Verhältnissen aus. „Ob sie verheiratet oder ledig, auch schon ein Kind oder Kinder habe usw.“ Danach scheint bemessen werden zu sollen, ob die Verhältnisse die betreffende Person zwingen, schnell und billig ihre Arbeitskräfte zu verkaufen. Hier wird alles, was einigermaßen brauchbar ist, eingestuft; geht es nicht, fliegen sie wieder raus. Die Situation unter den Arbeiterinnen ist hier sehr groß. Die Leitung legt den Vertrauensleuten auch alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg. Einmal schließt man Tarife mit den Organisationen ab, ein andermal will man mit deren Leuten und Vertrauenspersonen nichts zu tun haben. Fällt etwas vor oder betrügt sich das Personal nach Ansicht der Leitung nicht gut, bekommt die Organisation die Schuld. Nach Ansicht der Leitung haben die Mädchen überhaupt keine Lust zum Arbeiten, sondern warten den ganzen Tag darauf, des Abends in die Tanzsalons gehen zu können. Für Arbeit geringen Lohn und auch noch Beschimpfungen obendrein. In einzelnen Druckereien läßt die Behandlung, Reinhaltung der Räume sehr viel zu wünschen übrig. In der Druckerei von Franz Start, Barnbederstraße, soll man seitens der Vorgesetzten Ausbrüche gebrauchen, die hier nicht wiederzugeben sind. Alles Geschäfte, wo die Kolleginnen meinen, der Gewerkschaft nicht angehören zu müssen. Auch in der Druckerei des „Hamburger Fremdenblattes“ war ja vor nicht langer Zeit das Organisationsverhältnis ein recht flausches zu nennen; das hat sich heute bedeutend verbessert. Es war aber auch die höchste Zeit; denn die Arbeitsverhältnisse sind dort keine guten, sondern miserable zu nennen. Wenn alle Augenbilde die Obermeister wechseln, weiß man schon, daß das Personal schwer zu schaffen hat. Aber unter der Kollegenschaft ist ebenfalls ein großer Wechsel vorhanden. Mit gutem geschulten Personal scheint die Leitung nicht arbeiten zu wollen. Das jetzt eingeführte System muß dem Geschäfte viel teurer zu stehen kommen. Die Arbeitsweise im Notationsaal ist eine so wilde, daß man es unseren Kollegen wirklich nicht verdenken kann, sich schleunigst nach anderer Arbeit umzusehen.

Als ich vor kurzem im „Hamburger Echo“ den Versammlungsbericht des Buchdruckervereins las, sagte ich mir: Nun, die schönen Zeiten, die das Personal des „Fremdenblattes“ früher gehabt hat, sind schon längst vorüber, und all die Leute, die ein Lebensalter ihre Kräfte diesem Geschäft gewidmet haben, werden wohl mit der Zeit unbarmherzig auf die Straße geworfen. Grund zu solchem Vorgehen findet man schon; bringt nur doch Vertrauensleute, denen man in der Arbeit und in ihrem Betragen nicht das Geringste nachsagen kann, mit Leichtigkeit hinaus. Nobel wird

man allerdings das Vorgehen der Leiter des „Fremdenblattes“ nicht nennen können. Was heißt „nobel“? Ist es überhaupt nicht nobel, wenn das „Hamburger Fremdenblatt“ beim Wettstuge große Summen ziffert und sonst noch allerlei Gutes tut, so zum Beispiel mit seinen „schönen Bildern“ die Hamburger Bevölkerung erfreut? Auf Sensation versteht das „Hamburger Fremdenblatt“ sich sehr gut; nur vergißt es dabei, der Hamburger Bevölkerung zu zeigen, unter welchen Umständen und Verhältnissen diese „Bilderbogen“ der Zeitung das Licht der Welt erblicken, und daß es besser wäre, die Selbststiftungen im eigenen Betriebe anzunehmen. Nun wir einmal einen Blick in den Notationsaal des „Fremdenblattes“. Da ist im Parterre am Hofe ein Raum, in dem die Notationsmaschinen stehen. Hier ist auch der Platz, wo der Tiefdruck die Bilder erschaffen läßt. Das Geräusch der Maschinen betäubt manchen Besucher, so daß er das Nähere um sich nicht weiter beachtet. Wir aber, die in diesen Räumen schaffen müssen, schauen doch etwas schärfer hin und fragen auch mal die Beschäftigten über die Arbeitsverhältnisse. Da bekommt man zu hören, was das Geschäft von ihnen verlangt. Sechs bis acht Stunden müssen und sollen die Leute ohne Pause in einem Ritt arbeiten, so wünscht es die Leitung. Gemußt darf nicht werden, denn die Bilder müssen heraus. Das Publikum ist lustig nach Neuem, und dem muß nachgegeben werden. Es ist ja vor zwei Jahren, als der Erweiterungsbau des „Fremdenblattes“ vollendet war, viel Aufhebens von den sanitären Einrichtungen des Betriebes gemacht worden, und man versucht auch heute noch, damit zu prahlen. Sind es aber wirklich sanitäre Einrichtungen, die in dem Betriebe des „Hamburger Fremdenblattes“ vorherrschen? Mit nichten! Ich habe manche Druckerei gesehen und viele sah nicht gut aus, kenne auch viele Hamburger Druckereien; als ich aber vor einigen Tagen Gelegenheit hatte, mir den Notationsaal und die dazu gehörenden Räume des „Fremdenblattes“ anzusehen, war ich denn doch etwas erstaunt, und meine erste Frage war an die dort beschäftigten Hilfsarbeiter: „Hat hier noch keiner Arme und Beine gebrochen“? Vertiefungen, Löcher in dem Boden, diese Löcher wieder mit zerfallenen Brettern zugebaut, sieht man über den ganzen Raum, und dann, was für ein Schmutz. Wo man hinsieht, starrt einem der Schmutz entgegen. Hier können doch leicht Menschen zu Fall kommen. Wo bleibt die Fabrikinspektion? Ich kenne Betriebe, und weiß, daß in diesen Betrieben, in denen man halb von der Erde essen könnte, die Fabrikinspektion auf das Geringste achtete, was ja auch ihre Pflicht ist. Aber hier, was wird hier getan? Hier werden die Bestimmungen der Buchdrucker-Gewerkschaft mit Füßen getreten. Sanitäre Einrichtungen? Man möchte lachen! Sind das sanitäre Einrichtungen, wenn in den Aborten bis zum Knie im schmutzigen Papier gewatet werden muß und monatelang nicht gereinigt wird? Das haben die Arbeiter selbst schuld, sie sollen die Räume reinigen, sagt man; den Arbeitern aber Zeit dazu geben, fällt keinem ein. Uebrigens ist es in allen großen Druckereien Hamburgs Brauch, für diese Arbeiten Frauen einzustellen, die mindestens wöchentlich diese Räume reinigen, und das wird das „Hamburger Fremdenblatt“ ja wohl auch noch können. Weiter hat jeder Arbeiter seinen Garderobenschrank, die wir uns selbstverständlich als flaudernd vorstellen; doch die Dinger und der Raum sehen hier etwas anders aus. Der Raum ist ebenfalls sehr schmutzig und seit langem nicht mehr gereinigt. Die Schränke sind von drei Seiten mit einem Drahtgeflecht umgeben; das Drahtgeflecht kann leicht beiseite getan werden, und dann ist es nicht schwer, herauszuholen, was man haben will. Wochentöhne, Uhren, Trauringe sind gestohlen worden. Abhilfe wird aber nicht geschaffen. Wollen die Vertrauensleute der in dem Betriebe beschäftigten organisierten Leute bessere Verhältnisse schaffen, dann wirft man sie hinaus. Hinterher erlaubt man sich aber zu sagen, mit den Arbeitern sei nichts anzufangen, diese schaffen die schlechten Verhältnisse. Arbeitsnachweise der organisierten Hilfsarbeiter benutzt man nicht, sondern versucht auf Umwegen die

tariflichen Bestimmungen zu umgehen und holt dann alles an Hilfspersonal heran, was überhaupt noch keine Druckerei gesehen hat. Will es dann nicht so gehen, dann wird getrieben und gescholten, oder man holt ganz jugendliche heran, ob sie körperlich unter dieser wilden Arbeit leiden, das kümmert keinen. Hauptsache ist, die Bilderbogennummer kommt heraus, daß das Publikum was sieht. —

In Räumen, in denen nichts gereinigt wird, sammelt sich der Schmutz, und wo der Schmutz ist, da bilden sich sehr leicht Krankheitskeime in Massen; in diesen Räumen sollten keine Produkte geschaffen werden, die in Massen unter die Bevölkerung kommen. Wünschen und streben wir aber auch danach, daß in diesen Geschäften bessere Zustände geschaffen werden, festigen wir das Gefüge der Organisation und arbeiten wir alle im Rahmen der Organisation für diese, dann werden wir gute Ernte haben. Die Diskussion hielt sich im Sinne des Referenten. Nachdem Kollege Hohm und Sellge noch auf die Volksschauspiele und Selbige auf unser am 14. Juli in Pinneberg stattfindendes Sommerbergnügen hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, daß die Augustversammlung ausfällt, schloß die gut besuchte Versammlung.

Rundschau.

Großdruckereien. Nach dem neuesten vom Tarifamt herausgegebenen Verzeichnis der Tarifanerkennungen sind unter den aufgeführten 8051 tarifreuen Firmen 62 Druckereien mit je mehr als 100 Gehilfen vorhanden. Davon beschäftigten 37 von 100 bis 150 Gehilfen, 14 von 151 bis 200, 7 von 210 bis 300 und 4 mehr als 300. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Reichsdruckerei in dem Verzeichnis nicht enthalten ist. Die größte Anzahl von Gehilfen finden sich in den großen Berliner Zeitungsdruckereien; an der Spitze steht die Firma Wolff u. Co. mit 468 Gehilfen, dann folgen August Scherl G. m. b. H. mit 395, Rudolf Mosse mit 362 und H. S. Hermann mit 305 Gehilfen. Von der Kategorie mit 201 bis 300 Gehilfen entfallen auf Leipzig 3 (W. G. Teubner 240, Breitkopf u. Härtel 243, Spamerische Buchdruckerei 246), auf Berlin ebenfalls 3 (W. Bügenstein 203, Otto Eisner 250, Jul. Sittensfeld 262), auf Köln 1 (DuMont Schauberg 297). Die Druckereien mit 151 bis 200 Gehilfen verteilen sich auf Berlin mit 3 (E. S. Mittler u. Sohn 161, Hempel u. Co. 175, Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt 199), Köln mit 2 (Kölnener Verlagsanstalt und Druckerei 159, F. P. Bachem 161), Leipzig mit 1 (Oskar Brandstetter 200), Altenburg mit 1 (Pierer'sche Hochbuchdruckerei 162), Straßburg i. E. mit 1 (W. DuMont Schauberg 163), Stuttgart 1 (Anton 191), Bremen 1 (Carl Schünemann 169), Hannover 1 (Gebr. Jänecke 177), Hamburg 1 (Auer u. Co. 156), Würzburg 1 (H. Stürtz 177) und Neubamm 1 (S. Neumann 180). — Von den Druckereien mit 100 bis 150 Gehilfen befinden sich in Leipzig 7, Berlin 5, Magdeburg 3, München 2, Gießen 2, Frankfurt a. M. 2, Stuttgart 2, Breslau 2, Hamburg 2, in Hannover, Freiburg i. B., Erfurt, Burg bei Magdeburg, Raumburg, Dresden, Potsdam, Karlsruhe, Chemnitz und Neubabelsberg je 1 Druckerei.

Die Ortskrankenkassen im Jahre 1911. Nach einem zusammenfassenden Berichte der „Deutschen Krankenkassenzeitung“ liegen nunmehr die Jahresberichte sämtlicher deutschen Ortskrankenkassen für das Jahr 1911 vor. Es ist jedoch zu bedauern, daß die Berichte in der Form außerordentlich verschieden sind, daß dem Stoffe die einheitliche Darstellung fehlt. Es läßt sich so nur ein Mosaikbild der Vorgänge entwerfen. Die Geschäftsergebnisse der Krankenversicherung sind mit der jeweiligen Lage des Arbeitsmarktes aufs engste verknüpft. Umfanreiche Arbeitslosigkeit bringt den Kassen geringere Einnahmen und erhöhte Ausgaben. Mit dem Sinken der Mitgliederzahlen steigt immer die Zahl der erwerbsunfähiger Kranken. Das ist in einer ganzen Reihe natürlicher Umstände begründet. Das Jahr 1911 gehört noch zu der Zeit der aufsteigenden Konjunktur. Die Krankenkassen berichten daher auch im allgemeinen von günstigen Kassenergebnissen. Es erhöhten ihr Vermögen die Ortskrankenkasse Leipzig um 375 000 Mk., Frankfurt a. M. um 113 600 Mk., Florshelm um 190 973 Mk., Rottbus 26 000 Mk., Kiel 30 000 Mk., Jena 60 393 Mk., Wiesbaden 35 400 Mk., Dresden 358 791 Mk., Elberfeld 16 864 Mk. usw. Demgegenüber gibt es auch eine Anzahl von Kassen, die von unbe-

friedigenden Resultaten berichten, z. B. die Ortskrankenkassen Düsseldorf, Halle, München, Königsberg usw. Die ungünstigen Ergebnisse sind meist auf die ständige allgemeine Steigerung der Ausgaben zurückzuführen, denn die Gesundheitsverhältnisse des Jahres 1911 waren, von Ausnahmen abgesehen, günstig. Einige Klassen berichten, daß zu Beginn des Jahres eine Influenzaepidemie herrschte und sodann die Hitzeperiode während des Sommers den Nährboden für viele Krankheiten abgab. Infolge der günstigen wirtschaftlichen Konjunktur erhöhten alle Klassen ihre Mitgliederzahlen ganz erheblich, so z. B. Leipzig um 12 000, Frankfurt a. M. um 7000, München um 11 000, Düsseldorf um 4000, Charlottenburg um 4000, Stuttgart um 8000, Meisen um 4000, Jena um 821 usw. Bemerkenswert ist, daß besonders die weiblichen Mitglieder in der Zunahme begriffen sind. Infolge der fortschreitenden Würdigung der Krankenversicherung in der Bevölkerung steigt auch in erheblichem Maße die Zahl der freiwilligen Mitglieder. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung sind in fortwährendem Steigen begriffen. Es gibt bereits außerordentlich viele Krankenkassen, die für die ärztliche Behandlung mehr ausgeben als für Krankengelder an Mitglieder. So zahlte z. B. die Ortskrankenkasse Baruch für ärztliche Behandlung 3,48 M., für Krankengeld 1,17 M., die Ortskrankenkasse Budau für ärztliche Behandlung 5,29 M., für Krankengeld 2,06 M. pro Jahr und Mitglied. In den großen Städten haben die Ausgaben für den Arzt eine erhebliche Höhe erreicht, so zahlen z. B. pro Jahr und Mitglied die Ortskrankenkassen Mainz 8,90 M., Barmen 8,— M., Augsburg 7,95 M., Halle (Gemeinsch.) 11,51 M., Nürnberg 8,63 M. Die Arzneien und Heilmittel erfordern auch fortgesetzt höhere Aufwendungen. Gegenüber dem Vorjahre stiegen die Ausgaben dafür pro Mitglied in Lübeck von 4,98 M. auf 5,41 M., Halberstadt von 3,22 M. auf 3,56 M., Pforzheim von 3,06 M. auf 3,52 M. Die Wohnfahrtsunternehmungen der Klassen werden immer umfangreicher. Die Genesungsheime usw. sind schon nicht mehr zu zählen. Die Ortskrankenkassen in Düsseldorf, Elberfeld, Stuttgart, Plauen usw. unterhalten eigene moderne Zahnkliniken, manche Klassen, wie z. B. Meerane, eigene Badeanstalten. Die Verwaltungskosten sind auch etwas gestiegen, aber nur wenig. Sie betragen insgesamt nur etwa 3,— M. pro Jahr und Mitglied. Die Berichte zeigen, daß in den Verwaltungen der Ortskrankenkassen ein frisches, aufwärtsstrebendes Leben herrscht. Immer mehr ist die Leistungsfähigkeit der Klassen ausgearbeitet worden. Besonders ändert die Reichsversicherungsordnung mit ihrer Beschränkung der Selbstverwaltung nichts daran.

Die Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands haben ihre diesjährige Hauptversammlung in Königsberg i. Pr. abgehalten. Der Minister von Döllwitz sandte ihnen ein Begrüßungstelegramm. Das wird die frommen Arbeiter sehr gefreut haben. Es ist auch ein Erfolg, wenn ein Staatsminister so regen Anteil an ihren Arbeiten nimmt. Andere Erfolge haben diese Sorte Arbeiter auch nicht aufzuweisen. Die Arbeitgeber interessieren sich selbstverständlich auch sehr für die evangelischen Arbeiter. Die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ berichtet über die Königsberger Zusammenkunft:

„Auf dem Herzogacker fand eine Kundgebung der ostpreussischen Arbeitervereine statt. Superintendent Graf aus Preussisch-Holland hielt eine Ansprache: Die Evangelischen Arbeitervereine ständen nicht nur aus Pflichtgefühl, sondern auch mit dem Herzen zu Kaiser und Reich, sie seien ihm in Treue und unwandelbarer Liebe zugetan. Bei der Festfeier sprach der Generalsekretär des Verbandes, Martin-Witten, über die religiöse, nationale und soziale Arbeit der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands. Man müsse kämpfen gegen diejenigen, die das Evangelium in Mißkredit zu bringen suchten, kämpfen gegen die Negation und das zerstückende Gift des Monismus und Atheismus und gegen den Abban des nationalen Gedankens im arbeitenden Volke durch die Sozialdemokratie.“ Die sozialdemokratischen Abgeordneten seien Männer, die nie ihr Brot im Schweige ihres Angeichts verdienen, es nie mit Tränen gegessen hätten, Männer, die der Gedankenwelt des Arbeiters weit fremd gegenüberstünden. Diesen seien Schandbuben sollte man zurückgeben und antworten, daß sie nicht wert seien, in unserem Vaterlande Herberge gefunden zu haben.“

Schröcklich! Es könnte einem Angst werden, wenn man genau wüßte, daß diesen großen Worten auch wirklich große Taten folgen würden.

Die Generalversammlung der Selben in Essen zog diesmal nicht nur über die freien Gewerkschaften her, sondern die „Wirtschaftsfriedlichen“ schimpften auch weidlich auf die „Christlichen“, deren Streibtreiber = Konkurrenz sie jedenfalls fürchteten. Die Selben haben eine feine Nase, sie wissen ganz genau, was die Unternehmer, nach denen sie sich unbedingt zu richten haben, von ihnen verlangen. So konnte man auch gleich nach der Essener Zusammenkunft in der „Täglichen Rundschau“, dem Organ für nationale Politik, u. a. folgendes lesen:

„Die Haltung der „Christlichen“ zur Sozialdemokratie ist, wenn sie dieser auch den letzten Bergarbeiterstreik in Scherben schlugen, stets von derselben Unzuverlässigkeit und Zweideutigkeit, gewesen, wie die Zentrumspolitik überhaupt. Die Wirtschaftsfriedlichen haben daher in Essen klar zum Ausdruck gebracht, daß sie die nationale Fahne nicht deshalb entfalten und der roten Internationalen nicht zu dem Zwecke Urhebe schwören, um nun unter das Kommando der schwarzen Internationalen zu gelangen, unter das Plus X die „Christlichen“ über kurz oder lang doch getrieben haben wird.“

Die Scharfmacher hoffen auf die Selben und darum schreibt das genannte Blatt:

„Es sind das alles gewiß erst Anfänge einer von rot und schwarz unabhängigen Arbeiterbewegung; aber sie sind, wenn der Schein nicht trügt, verheißungsvoll genug, um einer staatserkhaltenden Sozialpolitik den weiteren Weg zu weisen.“

Die „Wirtschaftsfriedlichen“ sind also auf dem richtigen Wege. Die Scharfmacher haben ihre helle Freude an ihnen und lassen es sich auch etwas kosten. Die Selben müssen sich dafür erkenntlich zeigen und darum auch das öde Schimpfen in Essen auf alle Arbeiter, die nicht ihren Streibtreiberbereinen angehören.

Sonst ist eigentlich Nennenswertes von ihrer „Tagung“ nicht zu berichten. Sie haben die Gründung einer Bundeskasservereinigung beschlossen und wollen die dazu erforderlichen 50 000 M. den Unternehmern abbetiteln. Einige Mitglieder hatten einen Antrag auf Gewährung von Reichstschuß eingbracht, der aber, da er eine geneigte Aufnahme nicht fand, wieder zurückgezogen wurde. Die Selben haben in dieser Sache in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse gehandelt. Sie brauchen keinen Reichstschuß, wie ihn andere organisierte Arbeiter haben. Mit den Unternehmern können und dürfen sie sich nicht verbünden und gegen die klassenbewußten Arbeiter haben sie überdies einen ganz besonders kräftigen Schutz der Behörden und Gerichte.

Die nächste gelbe Parade wird in Augsburg abgehalten werden.

Ein reuiger Sünder. In dem Fachorgan der schwedischen Buchdrucker leistet ein Abtrünniger, der beim Generalfreistich zum Arbeitswilligen erniedrigte, folgende Abbitte:

„Als ich bei Ausbruch des Generalfreistichs 1909 bei der Firma Zachrissons, Buchdruckerei-Aktiengesellschaft, etwa 20 Jahre, davon die letzten 10 Jahre als Faktor, angestellt war und vor die Entschcheidung gestellt wurde, entweder weiter zu arbeiten oder meine Stellung einzulösen, wählte ich das erste. Indem ich das Unrichtige meiner Handlungsweise einsehe, appelliere ich an eure Menschlichkeit und ersuche die Mitglieder des schwedischen Typographenbundes höflichst, mir meine unsozialistische Handlung nicht länger zur Last zu legen, die ich unter den angeführten Umständen begangen habe. Werde ich wieder als Mitglied des Bundes aufgenommen, so verspreche ich auf Ehre und Gewissen, meine Pflichten zu erfüllen. Leop. Larsson.“

Hoffentlich ist dem Betreffenden der Entschluß, wieder ein anständiger Arbeiter zu werden, nicht schwer gefallen.

Eingegangene Druckschriften.

12 Wohnungen für Schweizer in Gr.-Berlin. Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugschrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Koffi- und Logiswesen darstellt. Auf zwölf Illustrationen ist das Wohnungselend der Stall-

schweizer oder Meller in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Koffi- und Lohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadtbevölkerung, namentlich der Kinder so wichtigen Berufsrichtung. Im Stall und Heuboden, in Kellerlöchern und Korridorwinkeln müssen die Arbeiter in Schmutz und dumpfer Luft kampieren. Die zwölf Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derart eindringliche Sprache, daß kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

„Natur“, Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft e. B. 3. Jahrgang. Heft 19. Verlag von Theod. Thomas in Leipzig. Preis vierteljährlich 6 Hefte 1,50 M.

Das mit dem vorliegenden Heft beginnende 4. Quartal der Zeitschrift „Natur“ gewährt den Abonnenten durch kostenlose Lieferung von zwei wertvollen Buchbeiträgen und zwar: „Physikalische Weltbilder“ von dem bekannten Wiener Physiker Prof. Dr. E. Leher und „Rassen und Völker“ von dem Anthropologen Dr. Ludwig Wisser, die laut Ankündigung des Verlages auch diejenige erhalten, welche dieses vierte Quartal probeweise abonnieren, ganz besondere Vorteile. Kosten doch diese beiden Bücher, die selbstverständlich in jeder Buchhandlung auch einzeln zu haben sind, je 1,— M., während sie mit 6 Heften der Zeitschrift zusammen für den Abonnementspreis von 1,50 Mark geliefert werden. Es bietet sich somit vortreffliche Gelegenheit zu einem außerordentlich billigen Preise die wertvolle Zeitschrift, die in den verschiedenen Zweigen der Naturwissenschaft und Technik in allgemein verständlicher und interessanter Weise unterrichtet, kennen zu lernen. Probehefte sind unentgeltlich in jeder Buchhandlung oder durch oben genannten Verlag zu beziehen.

Adressenveränderungen.

Liegnitz.

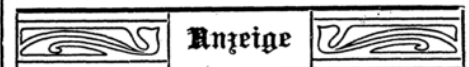
Voritzender und Kassierer: Richard Nidlich, N. Glogauerstr. 20 I.

Abrechnungen.

Das zweite Quartal haben in dieser Woche abgerechnet:

Baußen 731.47, Erfurt 339.54, Hannover 742.52, Mülhausen i. Elz. 65.90, Saalfeld a. S. 50.60, Schwabach 101.64 M.

G. Lodaßl.



Anzeige

Verband der Buch- und Streindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Bahnhalle Leipzig.

Montag, den 29. Juli 1912, abends 1/7 Uhr im großen Saale des „Pantheon“ Dresdnerstraße 20

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Quartalsbericht (2. Quartal 1912).
2. Mitteilungen über Verbandsangelegenheiten.
3. Vortrag über gegnerische Gewerkschaften. (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.)

Kolleginnen und Kollegen! Die gesamte Tagesordnung ist für jeden Einzelnen von großem Interesse, darum erwarten wir vollzähliges und pünktliches Erscheinen.

Der Gesamtvorstand.

NB. Freitag, den 26. Juli: Versammlung sämtlicher Verbandsfunktionäre.

Redaktionschluss für die nächste Nummer ist am Montag, den 22. Juli 1912.

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 29.

Berlin, den 20. Juli 1912.

18. Jahrgang.

Mehr Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen!

Eine der eigenartigsten und gleichzeitig erfreulichsten Erscheinungen der Gegenwart ist die fortwährende Zunahme des Selbstbewußtseins in den proletarischen Schichten. Nicht nur der einzelne Arbeiter ist sich seiner hohen Bedeutung im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben wohl bewußt, sondern auch die Arbeiterschaft als Ganzes beweist durch ihr Auftreten, daß sie sich höher einschätzt als je zuvor. Die moderne Arbeiterklasse will sich die Stellung in der Welt erobern, die ihr ihrer Ueberzeugung nach zukommt; der moderne Arbeiter will ein gleichwertiger gleichberechtigter Vollmensch werden, der hinter keinem anderen Menschen mehr zurücksteht. Daß die Arbeit wirklich zu einer Ehre werden, daß jede nützliche Tätigkeit dem Arbeiter eine Würde verleihen, daß jeder Mensch, der der Gesellschaft Dienste leistet, Anspruch auf Achtung haben soll — diese soziale Gleichwertigkeit der Menschen durchzusetzen, das ist auf sozialgeistigem Gebiete das Ziel der Arbeiterbewegung.

Wie uns die Geschichte lehrt, ist das steigende Selbstbewußtsein einer Volksschicht die Begleiterscheinung des steigenden Wohlstandes. Wenn sich die wirtschaftliche Lage eines Menschen verbessert, so entwickelt sich in ihm ganz von selbst ein gesteigertes Selbstbewußtsein, was in seinem Auftreten deutlich zum Ausdruck kommt. Gerade so verhält es sich auch mit einer Volksguppe. Hebt sich ihre Lebenshaltung, so steigt auch ihr Selbstbewußtsein, verschlechtern sich ihre materiellen Verhältnisse, so macht sich dies durch ein mangelndes Selbstgefühl bemerkbar. Als die deutschen Bauern zu Beginn des Mittelalters zu Wohlstand gelangten, prunkten sie mit ihrem Reichtum und blickten voll Verachtung auf die Ritter und Städte herab; als sie am Ausgange des Mittelalters immer mehr verarmten, ließen sie die Köpfe hängen. Als das Bürgertum beim Aufkommen des Kapitalismus wirtschaftliche Macht erlangte, wurde es selbstbewußt und jubelte seinem Dichter Schiller zu, der da mahnte: „Männerstolz vor Königsthronen! Ehrt den König seine Würde, ehret uns der Hände Fleiß! So hoch gestellt ist keiner auf der Erde, daß ich mich selber neben ihn verachte!“ Wirtschaftliche Macht und hohes Selbstbewußtsein stehen in einer ganz bestimmten Wechselwirkung, das eine ohne das andere ist nicht denkbar. Wenn wir also in der heutigen Zeit ein steigendes proletarisches Selbstbewußtsein beobachten, so läßt dies mit Sicherheit auf eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats schließen.

Die Steigerung des Selbstbewußtseins zeigt sich, wie der Augenschein lehrt, nicht gleichmäßig in allen Arbeiterschichten. Weil die wirtschaftliche und soziale Lage der verschiedenen Arbeiterschichten in den verschiedenen Gegenden sehr verschieden ist, so spiegelt sich dies natürlich auch in dem höheren oder geringeren Selbstbewußtsein der betreffenden Arbeiter wider. Die hochentwickeltesten Arbeiter einer Großstadt, die sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaft eine verhältnismäßig hohe Lebenshaltung erkämpft haben, nehmen auch in sozialer Beziehung infolge ihrer wirtschaftlichen und geistigen Macht eine verhältnismäßig hohe Stellung ein. Diese wirtschaftliche, geistige und soziale Höhe verleiht ihnen auch ein hohes, stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein. Man braucht nur das Auftreten und die gesamte Lebensführung dieser Arbeiter zu beobachten, um unsere Behauptung bestätigt zu finden. Vergleicht man dann die Arbeiterschaft rückständiger Gegenden, so tritt der Unterschied deutlich zutage. Diese Arbeiter, die den Segen einer starken Organisation noch nicht verspürt haben, haben nicht nur schlechte Lohn- und

Arbeitsbedingungen und infolgedessen eine niedrige Lebenshaltung, sondern sie sind auch in sozialer Beziehung minderwertig, da sie nichts gelten und da sie niemand auf der Rechnung hat. Dem entsprechend fehlt ihnen auch das Gefühl ihrer Menschenwürde; sie sind demütig und gedrückt, sie sind erfüllt von Sklavensinn und Unterwürfigkeit und gehen gebückt durchs Leben. Während der selbstbewußte Arbeiter aufrecht und steifnackig vor einem Angehörigen der Oberschicht hintritt, knicken sie zusammen wie ein altes Taschenmesser, wenn sie einem stummerzientrat, einem Landrat oder einem Pastor begegnen. Dieser Mangel an Selbstbewußtsein muß jedem Beobachter dieser rücksichtigen Arbeiterschichten auffallen. Diese Leute halten sich selbst für minderwertig, und den Gedanken, daß sie ebensoviel gelten sollen wie die Herren, können sie nicht fassen. Sie empfinden die Zurücksetzung kaum, die man ihnen zuteil werden läßt, und das Geschwätz feiler Religionsdiener, daß der liebe Herrgott diese Unterschiedliche geschaffen habe, nehmen sie gläubig hin, ohne zu fragen, wo denn in der Bibel etwas davon steht.

Das muß anders werden; denn es ist ein Hohm auf die moderne Kultur und auf das moderne Staatsbürgerrecht, daß weite Schichten unseres Volkes als Menschen zweiter Klasse betrachtet und behandelt werden. Die Arbeiterbewegung hat die große Aufgabe, die rückständigen Arbeiterschichten zu selbstbewußten sturmen Menschen zu erziehen.

Da das soziale Bewußtsein der Menschen von ihrer wirtschaftlichen Lage stark beeinflusst wird, so ist es vor allen Dingen notwendig, den Massen eine höhere Lebenshaltung zu erringen. Aber damit ist es nicht genug, es muß noch eine planmäßige Aufklärung und Erziehung hinzukommen. Man muß den Arbeitern klar machen, welche große Rolle sie im wirtschaftlichen Organismus spielen, und man muß ihnen zeigen, daß der Spruch: „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will!“ mehr ist als eine bloße Lebensart. Wenn ein Arbeiter Einsicht gewonnen hat in die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge, so gewinnt er dadurch auch eine Vorstellung von seiner Bedeutung als Glied des Volkstörpers. Die Folge dieser Erkenntnis ist, daß sein Selbstbewußtsein erwacht, und daß das Gefühl seiner Nichtigkeit und Wertlosigkeit zurückgedrängt wird. Dieses erwachende Selbstbewußtsein muß gepflegt und gestärkt werden, indem man auf den Gegensatz hinweist zwischen der Stellung, die der Arbeiter in der Gesellschaft einnimmt, und der Stellung, die er eigentlich einnehmen müßte. Diese Methode ist auch von den Führern des dritten Standes zu Beginn der Revue mit Erfolg angewandt worden. Der große Vorkämpfer der französischen Revolution, Sieyès, warf in einer vielgelesenen Flugschrift die Frage auf: „Was ist der dritte Stand?“ und er antwortete: „Gar nichts!“ Und dann fragte er: „Was sollte der dritte Stand sein?“ Und die Antwort lautete: „Alles!“ Diese Gegenüberstellung wurde zu einem geflügeltesten Worte, und Millionen von Menschen sind durch dies eine Wort zum Nachdenken und zum Selbstbewußtsein gekommen. So müssen auch heute die Arbeitermassen immer wieder gemahnt werden, daß sie sich ihres Wertes bewußt werden. Allerdings geht die Schanzmauerpresse systematisch dar auf aus, die Bedeutung des Arbeiters in der modernen Gütererzeugung und Güterverteilung nach Möglichkeit zu verkleinern, indem sie von den „Handarbeitern“ spricht, die rein mechanische Arbeiten zu verrichten hätten, im Gegensatz zu den Unternehmern, den „Stoffarbeitern“, durch deren Intelligenz erst die eigentliche Kultur geschaffen werde. Aber diese geflügelteste Verachtung des Mannes im Arbeitsfeld wird ihren Zweck verfehlen, wenn die Proletariermassen zu

einer wirtschaftlichen, geistigen und politischen Großmacht werden, und wenn ihnen dadurch das Gefühl ihrer Unentbehrlichkeit in Fleisch und Blut übergeht.

Außer einem stark ausgeprägten Selbstbewußtsein hat das Proletariat auch ein starkes Selbstvertrauen nötig. Es ist ganz ausgeschlossen, daß die Arbeiter — „der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll“ — die großen, schweren Aufgaben, die ihrer warten, erfüllen können, wenn sie nicht ein großes Vertrauen auf ihre eigene Kraft besitzen. Der Zweifel an die eigene Kraft bereitet jeden Erfolg, und eine Volksklasse, die nicht fest an den Sieg ihrer guten Sache glaubt, wird diesen Sieg niemals erringen. Das Gefühl, daß man sich auf sich selbst verlassen kann, die Ueberzeugung, daß man das Ziel erreichen wird, das einem vorschwebt, das Selbstvertrauen und das Kraftgefühl ist die Vorbedingung des Erfolges. Diese Charaktereigenschaften müssen in den proletarischen Massen geradezu gezüchtet werden; denn nur auf diese Weise kann der Aufstieg gewährleistet werden. Nicht aus Himmels Höhen herab wird sich das Heil senken auf die Menschheit, wir müssen es selbst erkämpfen in zäher, unermüdlicher Arbeit. Und in diesem Kampfe sind Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein unentbehrliche Waffen. Brutus.

Beachtenswertes aus der Unfallversicherungs-gesetzgebung.

Nicht selten, sondern fast alltäglich stehen infolge der kapitalistischen Produktionsweise und den damit verbundenen Betriebsgefahren die Arbeiter und Arbeiterinnen vor den betroffenen Opfern der ereigneten Betriebsunfälle. Die Verletzten, Angehörigen oder eventuell Hinterbliebenen wissen sehr selten, welche Entschädigungsansprüche sie infolge der verursachten Unfallfolgen zu stellen haben. Deshalb dürfte es für unsere Leser von großem Interesse sein, von sachkundiger Seite erfahren zu können, welche Rechte sie zu beanspruchen haben bei zu verzeichnenden Betriebsunfällen auf Grund der vorhandenen Unfallversicherungsgesetzgebung. Im Nachstehenden seien deshalb die beachtenswerten Punkte und Ratsschläge wiedergegeben, damit die Betroffenen rechtzeitig zu ihrem Recht gelangen können.

Nach der jetzt geltenden Unfallversicherungsgesetzgebung hat der Betroffene Verletzte in den ersten vier Wochen nur das statutarische Krankengeld zu beanspruchen. Vom Anfang der fünften Woche erhält der Verletzte einen sogenannten Unfallzuschuß bis zur 13. Woche, welchen die Krankenkasse auszahlt, aber diese wieder vom Arbeitgeber einzieht. Der Unfallzuschuß wird allerdings nur gezahlt, wenn das Krankengeld weniger als zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zugrunde gelegten, also im allgemeinen ortsüblichen Tagelohnes beträgt, welcher aus dem Krankenkassenstatut zu ersehen ist. Beträgt aber das gesetzliche oder statutengemäße Krankengeld, welches der Verletzte aus einer oder mehreren Krankenkassen erhält, bereits zwei Drittel oder mehr, so steht ihm ein Unfallzuschuß nicht zu. Ist der Verletzte nun in einem Krankenhause untergebracht und hat er Angehörige, deren Unterhalt er bisher von seinem Arbeitsverdienst bestreiten mußte, so ist demselben ein Unfallzuschuß dann insoweit zu leisten, als das neben der stur und Verpflegung gewährte Krankengeld ein Drittel des bei der Berechnung desselben zu grunde gelegten Arbeitslohnes nicht erreicht. Hat dagegen der in einem Krankenhause untergebrachte Verletzte keine Angehörigen, so ist ein Unfallzuschuß nur zu leisten, wenn im Krankenkassenstatut neben freier stur und Verpflegung eine Krankengeldzahlung vorgesehen ist. In

diesem Falle ist durch den Unfallzuschuß das Krankengeld auf ein Sechstel des bei der Berechnung zugrunde gelegten Arbeitslohnes zu erhöhen. Die Höhe des Arbeitslohnes zur vorgesehnen Berechnung ist aus dem Klassenstatut ersichtlich und kommt nicht der zufällig verbiente höhere Lohnsatz hier in Frage, was besonders beachtet werden möge. — Ebenso sei hier gleichzeitig noch erwähnt, daß die auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft Versicherten leider keinen Unfallzuschuß zu beanspruchen haben.

Sind nun die Verletzten in keiner auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse, so haftet hierfür der Unternehmer. Allerdings können hier ja nur Personen in Frage kommen, die in nicht stehenden Gewerbebetrieben oder durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus weniger als eine Woche beschäftigt sind. Der Unternehmer hat in solchen Fällen die reichsgerichtlichen Krankentassen-Mindestleistungen — wie z. B. freie ärztliche Behandlung, Arznei, Bruchbänder, Brillen usw. neben Krankengeld (Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes) — zu gewähren. Allerdings kann die zuständige Berufsgenossenschaft die dem Arbeitgeber obliegenden Verpflichtungen auch in diesen Fällen teilweise oder ganz ablehnen, was aber selten geschieht.

Mit Anbeginn der 14. Woche hat nun die Berufsgenossenschaft nebst Heilbehandlungsübernahme eine Unfallrente an den Verletzten zu zahlen, wenn letztere sich nicht zwecks vorläufiger Weiterbehandlung mit der Krankenkasse verständigt hat, vorausgesetzt, daß noch Unfallfolgen vorhanden sind. Ist das Heilverfahren früher abgeschlossen — also z. B. vor Ablauf der 13. Woche — so hat die Berufsgenossenschaft auch vom Tage der Einstellung der Krankentassenleistungen Unfallrente zu gewähren, wenn Unfallfolgen über die 13. Woche hinaus aufzuweisen sind. — Dauert nun aber ein Heilverfahren längere Zeit, also z. B. über 13 oder 26 Wochen, so entstehen häufig Not und Sorgen der Verletzten, weil die Berufsgenossenschaften neben dem Heilverfahren nur Vorrichtung zu leisten brauchen vor Abschluß eines Heilverfahrens! Die Verletzten müssen sich dann leider in solchen Fällen an die Stadtgemeinden wenden. Dieses ist leider eine Lücke im Gesetz zwischen Bezug von Krankengeld und Unfallrente, worüber die widersprechendsten Entscheidungen im Deutschen Reich vorhanden sind.

Ueber die Höhe der Unfallrenten sind ebenfalls unter der Arbeiterschaft Mißverständnisse und Irrtümer sehr häufig zu verzeichnen. Bekanntlich besteht die Rente nicht in einem Ersatz des durch den Unfall erlittenen Schadens, sondern nur im Ersatz eines Teiles dieses Schadens. Die Höhe der Rente von der Berufsgenossenschaft richtet sich nach dem Jahresarbeitsverdienst des Verletzten und nach dem Grade der durch den Unfall verursachten Beschränkung der Erwerbsunfähigkeit. Hat der Verletzte kein volles Jahr vor dem erlittenen Betriebsunfall im Betriebe gearbeitet, so soll der Jahresarbeitsverdienst eines gleichartigen Arbeiters im Betriebe, beim Fehlen eines solchen der eines Nachbarbetriebes gleicher Branche herangezogen werden. Nun ist zu unterscheiden: Vollrente und Teilrente! Unter Vollrente ist nicht zu verstehen, daß ein Verletzter bei völliger Erwerbsunfähigkeit seinen vollen Jahresarbeitsverdienstverlust erhält, sondern nur zwei Drittel von seinem wirklichen Jahresarbeitsverdienst bis zu 1500 Mk. (bei über 1500 Mark kommt zur Berechnung nur noch ein Drittel in Betracht). Liegt nur teilweise Erwerbsunfähigkeit vor, so erhält der Verletzte eine vom Arzt festzusetzende Teilrente! Nur bei völliger Hilflosigkeit (wenn der Verletzte z. B. ständiger Aufsicht und Pflege bedarf) wird die Hilfslosenrente, d. h. der völlige Jahresarbeitsverdienst in vorgenannter Höhe, von der Berufsgenossenschaft gewährt neben Lieferung aller Heil- und Hilfsmittel (als Stülkapparate, künstliche Gliedmaßen, Nafstüßeln usw.).

Ist der Tod des Verletzten infolge eines Betriebsunfalles eingetreten, so hat die Berufsgenossenschaft ein Sterbegeld und eine hinterbliebenen Unfallrente zu gewähren. Das Sterbe-

geld soll mindestens den 15. Teil des Jahresarbeitsverdienstes betragen. Die Unfallrente für Witwe und Kinder beträgt je 20 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes (also hier des wirklichen Verdienstes im Jahre vor dem Unfall). Die Witwe erhält diese Rente bis zur Wiederverheiratung oder eingetretenerm Tode, die Kinder erhalten dies bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres. Bei Verheiratung der Witwe wird diese mit einem dreifachen Jahresrentenbetrage von der Berufsgenossenschaft abgefunden. Die hinterbliebenen-Unfallrente beträgt aber insgesamt nur 60 Prozent für Witwe und Kinder vom Jahresarbeitsverdienst des Verstorbenen, selbst wenn mehr als zwei Kinder vorhanden sein sollten.

Bei Zuermennung und Entziehung oder auch Ablehnung aller vorgenannten Renten-Arten hat die Berufsgenossenschaft stets zwei Bescheide zu erteilen, den sogenannten Vor- und Berufsungs-Bescheid. Nur gegen den berufungs-fähigen Bescheid ist Klage beim zuständigen Schiedsgericht für Arbeiterversicherung innerhalb eines Monats vom Tage der Zustellung zulässig. Die Abwesenheit des Schiedsgerichts muß auf den berufungs-fähigen Bescheid vermerkt sein. Dasselbe muß bei allen späteren Renten-kürzungs-Bescheiden infolge Gesetzesvorschrift der Fall sein, anderenfalls ist das Beschwerdeverfahren wider die Berufsgenossenschaft beim Reichsversicherungsamt in Berlin zulässig.

Dieses dürften die wichtigsten Winke und Ratsschläge im Unfallrentenstreitverfahren sein. Wenn diese Zeilen beachtet werden, dürfte manche Klage der Verletzten und der Angehörigen verjähren. Rechtzeitig sollen aber dennoch die Betroffenen die geschaffenen Arbeiter-Institutionen aufsuchen, um geschicktes Unrecht seitens der Berufsgenossenschaften im Prozeß- oder Beschwerdewege ausgleichen zu können. Wenn dieses in Zukunft mehr wie bisher geschieht, dürfte der Zweck dieser Zeilen mit Sicherheit erfüllt sein. R. B.

Rundschau.

Unfälle an Ziegeldruckpressen im Monat Juli 1911 werden von der Berufsgenossenschaft in der „Zeitschrift“ erneut veröffentlicht. Zwischen Ziegel und Form ereigneten sich wieder 13 Unfälle und zwar einer durch Fehlen der Schutzvorrichtung, vier durch unvorschriftsmäßigen Sub-, sechs durch zu niedrige Stellung der Presse resp. Tritt vor der Presse und zwei durch verbots-widrige seitliches Anlegen. Die Folgen waren in neun Fällen Quetschungen der rechten Hand und in vier Fällen der linken Hand. Ein Fall war schwerer Natur, es wurde außerdem noch der rechte Daumen abgequetscht.

Besonders bemerkenswert ist der Unfall, den am 19. Juli ein Maschinenmeister in Göppingen an einer Ziegeldruckpresse mit selbsttätiger Aus-rückvorrichtung (Greiferrahmen-schutz) erlitt. Der Verunglückte wollte einen Abzug zum Zurückziehen machen und hielt ihn, damit er nicht zusammen-sinken, mit der rechten Hand fest, bis er von den Greifern erfasst werden würde. Den Einrückhebel wollte er nur ein wenig betätigen, um ihn recht-zeitig wieder halten zu lassen. Dies gelang ihm aber nicht; er zog sich Quetschungen mit Knochen-bruch an den mittleren drei rechten Fingern zu.

Bei ungeschickter Handhabung des Druck-abstellers an einer Liederpresse erlitt am 27. Juli ein Lehrling in Dortmund zwischen zurück-schwingendem Ziegel und dem Aufsteckstiel einen Stauchbruch des rechten Unterarms. Durch die gefährliche Enge zwischen Ziegel und Aufsteckstiel verunglückten bei dem Versuch, einen in die Maschine gefallenen Bogen heraus-zuziehen am 23. Juli eine Anlegerin in Hamburg und am 28. Juli ein Lehrling in Straßburg. Die Anlegerin quetschte sich die linke Hand und der Lehrling erlitt eine Verletzung des rechten Zeige-fingers.

Eine Anlegerin in Altona verunglückte am 7. Juli durch grobe Fahrlässigkeit. Sie sah sich während des Anlegens ständig um und kam hier-bei mit dem rechten kleinen Finger zwischen einen Gelenkhebel an der rechten Seite.

Beim Einheben einer Form stieß am 15. Juli ein Lehrling in Dresden aus Versehen an einen Einrückhebel; die Presse setzte sich in Bewegung und quetschte den Lehrling mit der rechten Hand zwischen Waagenfuß und Form.

Am 26. Juli verunglückte ein Lehrling in Berlin, als er, um einen Hilfsarbeiter das

Wagen zu erklären, den linken Zeigefinger in das Loch des Schwungrades steckte. Der Walzen-wascher hatte dies nicht bemerkt und drehte die Maschine mit der Hand vor, wobei dem Lehrling der Nagel des linken Zeigefingers gequetscht wurde.

Beim Einlaufen der Maschine hatte am 28. Juli eine Hilfsarbeiterin in Gernitz leicht-fingertweilse ihre Hand auf den hinten befind-lichen Exzenter gelegt, wobei ihr ein Stück des linken Daumens abgequetscht wurde.

Eine Gedenkfeier der „Freiburger Zeitung“ die am 6. Juli unter Teilnahme des gesamten Personals begangen wurde, brachte den Arbeitern eine freudige Ueberraschung. Der Inhaber der Universitätsdruckerei, Herr Eduard Poppen, in dessen Verlag die „Freiburger Zeitung“ erscheint, stiftete zur Erinnerung an das 25-jährige Geschäfts-jubiläum einen Fonds zu einer Ferienkasse in Höhe von zunächst 5000,— Mk. Das Personal nahm diese angenehme Mitteiligung mit „stürmischen Beifall“ auf, wie es in dem Bericht heißt. Durch die 5000,— Mark-Spende wird allerdings die Erinnerung an das Fest noch lange „nachwirken“.

Die „Volksfürsorge“ macht den Feinden der Arbeiter große Kopfschmerzen. Es ist ja auch sehr wahrscheinlich, daß durch die neue Einrichtung den Aktionären der großen Versicherungsgesell-schaften die fette Dividende etwas gekürzt wird. Aber auch den „christlichen“ Arbeitern ist die neue Gründung der Gewerkschaften und Genossenschaften durchaus nicht recht. Die Führer der „Christen“ befürchten, daß so manches ihrer Mitglieder ab-springen werde, denn so dumm ist keiner, um nicht die wirtschaftlichen Vorteile, die die neue Ein-richtung den Arbeitern bringt, einzusehen. Die „Westdeutsche Arbeiter-Zeitung“ bespricht in ihrer Nummer 37 die neue Gründung und hält es für selbstverständlich, daß mit derselben nicht nur wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter erstrebt, sondern auch politische Zwecke verfolgt werden, glaubt aber nicht, daß der Behörde ein Vorwand zum Eingreifen geboten werde. Man werde sich neutral geben, so die Arbeiter anfangen und mit den eigentlichen Zwecken erst herauskommen, wenn dieser Mitgliederangabe seine Schuldigkeit getan habe. Für die katholischen Arbeiterorganisationen, für alle politischen bürgerlichen Parteien sei die Gründung von großer Wichtigkeit, da sie sofort auf 100 000, vielleicht auf 300 000 Mitglieder zu rechnen habe.

Das Blatt denkt sich den Kampf gegen die „Volksfürsorge“ durch Ausbau ähnlicher Ein-richtungen in den katholischen Arbeitervereinen. Dagegen wird kein Freund der „Volksfürsorge“ etwas einzuwenden haben.

Mit den Hirsch-Dunderstern Gewerkschaften geht es bergab. Von ihren 110 215 Mitgliedern im Jahre 1908 sind ihnen noch 107 743 im Jahre 1911 geblieben. Die christlichen Gewerkschaften sind in der Zeit von 91 000 auf 345 000 Mit-glieder gestiegen und die ferioargantisierten Ar-beiter haben sich von 887 000 auf 2,5 Millionen vermehrt. Die Blauen sind jedoch unverbesserte Optimisten, das Verbandsorgan sprach am Jahres-schluß von dem „starken Eichbaum“, der fröhlich blühe und gedeihe. Vor einem Jahre verloren sie den Gesamtverband der Kaufleute mit 18 000 Mitgliedern.

Mit den Einnahmen, Ausgaben und dem Vermögensbestande sieht es nicht besser aus. Wenn man auch den aus-geschiedenen Bund deutscher Kaufleute bei der Berechnung außer acht läßt, zeigt sich für die letzten drei Jahre dieses Bild:

	1909	1910	1911
	Mt.	Mt.	Mt.
Einnahme . . .	2 806 220	2 926 693	2 623 213
Ausgabe . . .	2 594 202	2 817 680	2 304 288
Vermögen . . .	4 372 495	4 677 189	4 273 854

Mit dem Vermögen von mehr als 4 Mil-lionen hat es aber eine eigene Bewandnis. 2,6 Millionen Mark der Kranken- und Begräbnis-kasse sind in Unterführungs-einrichtungen im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes angelegt, also nicht zum wirtschaftlichen Nachfonds hinzu-zurechnen. Das Vermögen beträgt daher faktisch nur 1,6 Millionen Mark.

Die Gewerbevereine haben sich überlebt. Als eigenliche Arbeiterorganisationen haben sie keine Bedeutung mehr, denn die Zeiten mit den Wor-entworfungen einer liberalen Arbeiter-be-we-gung sind vorüber. Sie kommen nur noch als Unterführungsvereine in Betracht. Aber auch als solche werden sie sich auf die Dauer nicht halten können.